

**VERNUNFT.
VERSTAND.
VERANTWORTUNG.**

FDP

Jena

**DAS WAHLPROGRAMM
der FDP Jena 2014 - 2019**

VERNUNFT.

VERSTAND.

VERANTWORTUNG.

Wahlprogramm der FDP Jena für die

Stadtratswahl am 25. Mai 2014



I N H A L T

Wohnen	Seite	4
Wirtschaft & Finanzen		5
Wirtschaft		5
Haushaltsdisziplin		6
Eigenbetriebe und Gesellschaften der Stadt		8
Bildung		9
Frühkindliche Bildung		9
Schule		10
Berufsbildende Schulen		12
Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen		12
Hochschulen		13
Soziales		14
Asyl		15
Inklusion		16
Kultur & Tourismus		17
Kultur		17
Tourismus		17
Senioren		18
Sport		19
Verkehr		19
Infrastruktur		20
Fließender Verkehr		21
Radverkehr		23
Parkplätze		24
Schienenverkehr		24
Ordnung und Sicherheit		25

Wohnen

Jena boomt weiter. Das Wachstum erzeugt einen Bedarf an Wohnraum, dem das Angebot deutlich nachhinkt. Das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage treibt die Preise hoch. Die **Wiederherstellung eines gesunden Wohnungsmarkts** ist für uns eine zentrale Aufgabe der nächsten Wahlperiode. Gelingen kann das nur durch mehr Angebot. Wir werden daher dafür sorgen, dass die Stadt systematisch neue Wohngebiete ausweist, rasch erschließt und Baurecht schafft.

Wir wollen Jena vor allem nach Osten, Norden und in Richtung Maua baulich erweitern. Im Bestand setzen wir uns für den zeitnahen Abschluss der Sanierungsgebiete ein. Wir wollen ein echtes **städtisches Flächenmanagement** als Gesamtplanung entwickeln.

Das neu zu schaffende Angebot muss alle Segmente und Preisklassen gleichermaßen ins Auge fassen. **Studentischer Wohnungsbau** ist wichtig, soll aber maßvoll und als Teil eines Gesamtkonzepts erfolgen.

Für Mieter mit geringem Einkommen wird außerdem der Blick auf die Nebenkosten immer banger. Im Einflussbereich der Stadt, also vor allem bei JenaWohnen, werden wir daher streng darauf achten, dass die energetische Sanierung von Wohnungen mit wirtschaftlicher Vernunft erfolgt, um die **Mietbelastung in Grenzen zu halten**.

Schließlich müssen bei aller Neubaueuphorie Maß und Mitte gewahrt bleiben. Wo eine Baulücke geschlossen oder verdichtet wird, muss dies unter strenger Einfügung in die umgebende Bebauung geschehen. Der Anspruch ist, **das Stadtbild zu erhalten** und die Wohnlichkeit und die nachbarschaftliche Verträglichkeit nicht zu beeinträchtigen. Wir wollen kein Hineinquetschen möglichst vieler Netto-Quadratmeter, sondern eine angemessene Einrechnung auch der erforderlichen Stellplätze, Abstandsflächen usw. – und zwar nicht nur formaljuristisch nach Baugesetzbuch. Gerade bei Baugenehmigungen ohne Beteiligung der Politik (§ 34 BauGB) wollen wir die Verwaltung sehr streng begleiten. Wo sich das Stadtbild über Erhaltungssatzungen absichern lässt, werden wir auch diesen Weg beschreiten.

Wir wollen:

zügig neue Wohngebiete entwickeln – ein städtisches Flächenmanagement – energetische Sanierung mit Augenmaß – die Erhaltung von Stadtbild und Wohnlichkeit

Wirtschaft & Finanzen

Wirtschaft

Grundlage für ausgeglichene Finanzen und damit der Leistungskraft der Stadt Jena für ihre Bürger ist eine funktionierende Wirtschaft mit entsprechender Steuerkraft. Es kann nur verteilt werden, was zuvor erwirtschaftet wurde. Damit ist eine **solide Finanz- und Wirtschaftspolitik** die Voraussetzung für eine gute Versorgung auf anderen Politikfeldern und somit allem anderen vorrangig.

Die Flächenknappheit behindert die Weiterentwicklung der lokalen Wirtschaft. Das Gewerbeflächenkonzept der Stadt plant nur mit Flächen für einen organischen Erweiterungsbedarf Jenaer Betriebe. Die Stadt soll aber **weitere Gewerbeflächen** auch für größere Investitionen und für Neuansiedlungen ausweisen. Dazu muss sie sich bei der nächsten Überarbeitung des Flächennutzungsplans potentielle Erweiterungsflächen planungsrechtlich sichern. Solche Potentiale können auch ehemalige Militärstandorte bieten (Jägerberg, Haeckelstein). Neben dem wissenschaftsnahen HighTech-Bereich sollen auch dem produzierenden Gewerbe, dem Dienstleistungsbereich und dem Handwerk Erweiterungsmöglichkeiten geboten werden.

Wegen der Flächenknappheit ist das Ziel, Gewerbe mit hoher Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzdichte anzusiedeln. Schwerpunkt im Außenbereich ist das verarbeitende Gewerbe mit starker Ausrichtung auf Forschung und Entwicklung. In Jena hat sich aber auch der Dienstleistungssektor stark entwickelt. Daher hat im Innenstadtbereich die **Schaffung von Bürofläche** Priorität vor zu viel Einzelhandelsfläche.

Ein ansiedlungsfreundliches Flächenmanagement soll mit anderen Querschnittsaufgaben in der Jenaer Wirtschaftsförderungsgesellschaft zusammengefasst werden. Wir wollen die **Wirtschaftsförderung in ihren Kompetenzen stärken** als die zentrale städtische Anlaufstelle für Unternehmen (one-stop shop), bei der die Dienste der Stadt (KIJ, TIP, KSJ, Kernverwaltung, Stadtwerke) integriert werden. Ihre finanzielle Ausstattung soll dafür durch eine zusätzliche leistungsorientierte Komponente verbessert werden. Durch die Gesamtverantwortung in einer Hand wollen wir für die Wirtschaft die Abwicklung von Anträgen, Auflagen und Genehmigungen spürbar vereinfachen.

Das **TIP als Kompetenzzentrum für Start-ups** und Hochschulausgründungen soll mindestens im jetzigen Maßstab fortgesetzt werden. Erweiterungen soll die Stadt mitfinanzieren.

Um Fachkräfte für Jena gewinnen zu können, sollen **Flächen für den Wohnungsbau** ausgewiesen und Investitionshemmnisse für den Wohnungsbau, wie z.B. eine Mietpreisbremse, vermieden werden.

Auch der Hochschulstandort Jena muss großen Wert ebenso auf die nicht-akademische Bildung legen. Jena als einer der wichtigsten Industriestandorte in Thüringen ist im besonderen Maße auf hochqualifizierte Fachkräfte, vor allem im Bereich der Facharbeiter, Gesellen, Kaufleute sowie der Verwaltungsangestellten angewiesen. Dies erfolgt durch eine Facharbeiter- und Gesellenausbildung im Rahmen der **dualen Berufsausbildung**. Das Duale System der Berufsausbildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell und dient als Vorbild für viele Länder! Die FDP fordert deshalb, dass alle Ausbildungsberufe, die am Standort Jena ihre betriebliche Ausbildung erhalten, auch die zuständige Berufsschule in Jena besuchen können. Das trifft nicht nur auf die traditionellen Ausbildungsberufe der Metalltechnik, sondern auch auf die Berufe des Hotel- und Gaststättengewerbes sowie die für Jena wichtigen Bauberufe zu!

Jena darf nicht völlig vom **Fernverkehr** abgekoppelt werden. Der **ÖPNV** soll auch Gewerbeflächen versorgen. Die Innenstadt muss für Fahrzeuge des Gewerbes erreichbar bleiben. Deshalb gilt auch: **Keine Umweltzone für Jena**.

Bei städtischen Beschäftigungsprogrammen ist darauf zu achten, dass diese die Integration in den Ersten Arbeitsmarkt zum Ziel haben und auch nachhaltig Erfolg zeigen: Keine Finanzierung von Ersatzbeschäftigung.

Die Stadt soll die geltenden Landesgesetze zur **Erweiterung von Ladenöffnungszeiten** in Absprache mit den Einzelhändlern ausschöpfen.

Das gegenwärtig hohe Gewerbesteueraufkommen ist ein Ergebnis der Wirtschaftsförderung und der zurückhaltenden Steuerpolitik vergangener Jahre unter dem Alt-Oberbürgermeister Peter Röhlinger. Damit Jena gegenüber anderen Städten und Gemeinden konkurrenzfähig bleibt, dürfen die **Hebesätze** für Gewerbesteuer (420 Pkt.) und Grundsteuer (495 Pkt.) nicht weiter steigen. Wir streben eine Rückkehr zu Hebesätzen unter 400 Punkten an.

Wir wollen:

Flächen für Wohnen, Gewerbe und Büro schneller entwickeln – Wirtschaftsförderung und TIP stärken – Hebesätze wieder absenken – duale Berufsausbildung fördern

Haushaltsdisziplin

Voraussetzung für angemessene Hebesätze ist eine **Rückkehr zur Haushaltsdisziplin**, die unter der Koalition von SPD, CDU und Grünen verloren ging. Jena hatte 2007 bis 2012 durchgängig hohe Überschüsse erzielt. Durch ständig Ausgabeerhöhungen hat die Koalition dies verspielt und plant ab 2014 mit steigenden Haushaltsdefiziten, obwohl sie seit 2009 in jeder Jahreshaushaltsberatung Steuern erhöht hat: die Gewerbesteuer insgesamt von 395 auf 420 und die Grundsteuer von 380 auf 495 Punkte.

Die FDP wird weiter stets einen **ausgeglichenen Haushalt anstreben**. Die konsumtiven Ausgaben müssen deutlich kleiner sein als die laufenden Einnahmen, damit auch bei nachlassender Konjunktur und damit zurückgehenden Steuereinnahmen die Handlungsfähigkeit der Stadt erhalten bleibt. Gemäß dem Leitgedanken „Investieren vor Konsumieren“ gelten für die FDP **folgende Prioritäten**:

1. Die Steuern werden nicht weiter erhöht.
2. An der Umsetzung des Entschuldungskonzepts wird konsequent festgehalten.
3. Die Investitionen in die Infrastruktur werden gesichert.
4. Die Steuererhöhungen werden zurückgenommen.

Die FDP fordert **Zurückhaltung bei den laufenden Ausgaben**, die in den letzten Jahren von der Koalition in die Höhe getrieben wurden. Das gilt nicht nur für sog. freiwillige Aufgaben, denn auch Pflichtaufgaben sind keine Pflichtausgaben. Diese gilt es zu prüfen. Nicht jedes neue Thema muss mit neuen Ausgaben beantwortet werden. Nicht jede Maßnahme muss umgesetzt werden, nur weil es dafür Fördermittel von Land, Bund und EU gibt. Die Stadt darf nicht mit immer mehr und komplizierteren Aufgaben belastet werden. Bestehende Abläufe müssen überprüft werden, damit wir den **Personalaufbau bei der Verwaltung stoppen** können. Es wäre schon ein Fortschritt, Ausgaben einfach nicht zu erhöhen und sich bei guter Konjunktur vom steigenden Steueraufkommen überholen zu lassen.

Aus diesem Grund hat die FDP auch als Oppositionsfraktion dem Oberbürgermeister jedes Jahr angeboten, Konsolidierungsmaßnahmen mitzutragen, wenn gleichzeitig auf Steuererhöhungen verzichtet wird. Immerhin ist es mit Beitrag der FDP gelungen, dass eine Bagatellsteuer wie die **Übernachtungssteuer wieder abgeschafft** wurde. Die FDP hat auch das Entschuldungspaket mit auf den Weg gebracht und wird sich für dessen Fortsetzung einbringen.

Nur unter den Bedingungen eines nachhaltig ausgeglichenen Haushalts mit Überschüssen können Investitionen und die sich anschließenden Betriebskosten finanziert werden. Dazu zählen insbesondere **Investitionen im Bildungsbereich und in die Verkehrsinfrastruktur**. Dabei wird die FDP-Fraktion immer darauf achten, dass das Investitionsvolumen die Finanzplanung nicht übersteigt.

Wir wollen unsere Ausgaben mit anderen Städten und Gemeinden vergleichen und auch professionell durch Externe prüfen lassen. Das gilt auch für die Personalausstattung.

Wir wollen:

konsequent entschulden – Verkehrs- und Bildungs-Infrastruktur sichern – Steuern wieder senken – Personalaufbau bei der Verwaltung stoppen

Eigenbetriebe und Gesellschaften der Stadt

Die Eigenbetriebe und Gesellschaften KIJ, KSJ, Stadtwerke, JenaWasser usw. leisten einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Daseinsfürsorge. In den Bereichen Wasser, Energie, Abfallentsorgung, Kultur, Grünanlagen, Straßen, öffentliche Gebäude usw. soll es auch bei einer eigenständigen Jenaer Versorgung bleiben. Um diesen Bestand zu sichern, dürfen **keine jährlichen Defizite** aufgehäuft werden, die den Kernhaushalt der Stadt gefährden und damit die Finanzierung der in Frage stehenden Aufgaben. Kritisch ist die Situation bei KSJ: Die Koalition hat Straßen und Wege unterfinanziert in den Eigenbetrieb eingebracht und auch deren Unterhaltung nicht gesichert. Eines der Ziele eines ausgeglichenen Haushalts ist daher, den **Erhalt von Straßen und Wegen** als Kernaufgabe der Stadt wieder finanzieren zu können.

Die Privatwirtschaft soll nicht durch die Kommunalwirtschaft verdrängt werden. Schon heute sind die Töchter der Stadt auch in typischen Bereichen der Privatwirtschaft tätig. Dies soll nicht weiter forciert werden. Der **Rückzug der Stadt aus Kernbereichen der freien Wirtschaft** wird mit uns eingeleitet und konsequent umgesetzt.

Wichtigstes Unternehmen der Stadt sind die Stadtwerke mit Energie, Wohnen, Nahverkehr, Bädern und anderen Feldern. Als ein Unternehmen der öffentlichen Daseinsfürsorge, das auch stets wirtschaftlich arbeiten muss, soll es bei einer **Minderheitenbeteiligung der privaten Gesellschafter mit Sperrminorität** bleiben. Anders als bei einer Rekommunalisierung, also der Rücküberführung in 100% städtischen Besitz, sichert dies dauerhaft, dass die wirtschaftliche Vernunft im Kern dem Zugriff politischer Mehrheiten entzogen bleibt.

Die Stadtwerke sind ein Unternehmen, dessen Geschäftstätigkeit auch einen regionalen Schwerpunkt hat. Daher sollen Investitionen mit Gewinnabsicht stets mit eigenem **Know-how in der Region** erfolgen. Reine Finanzinvestitionen gehören nicht dazu. Die Stadt soll sich daher mit größeren Transaktionsgeschäften zurückhalten. Der Zwangsrückkauf (Call-Option) der EON-Anteile ging für die Stadt durch den Weiterverkauf an die ThüGa gerade noch unschädlich aus, aber die Beratungskosten waren verloren.

Grundlage für eine florierende Wirtschaft ist eine ausreichend **schnelle Anbindung an das Internet**. Die Stadt Jena besitzt nach wie vor kein flächendeckendes Breitbandnetz, das Geschwindigkeiten von 50 Mbit pro Sekunde zulässt. Die FDP Jena spricht sich dafür aus, in Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden eine Breitbandstra-

ategie zu erarbeiten, die der wirtschaftlichen Kraft der Stadt ausreichend Rechnung trägt. Obwohl es Aufgabe des Bundes ist, die Zielstellung zur Verbesserung der Internetanbindung zu entwickeln, soll die Stadt Jena die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen und aktiv auf die relevanten Anbieter zugehen. Außerdem soll berücksichtigt werden, welche Rolle die Stadtwerke mit ihrem Netz bei der Breitbandversorgung einnehmen könnten.

Wir wollen:

Eigenbetriebe auskömmlich finanzieren – Rückzug der Stadt aus der Wirtschaft – private Sperrminorität bei den Stadtwerken – schnelles Internet flächendeckend

Bildung

Frühkindliche Bildung

Die FDP Jena versteht die Kitas als Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Trotz des Ausbaus der Kindertagesbetreuung bleibt das Thema daher für die FDP aktuell. Gerade die **Qualitätssicherung** muss in der kommenden Wahlperiode verstärkt in den Fokus gerückt werden. Wir wollen in Abstimmung mit den Trägern die Überbelegung wieder zurücknehmen.

Wir wollen in der **Kitabedarfsplanung weiter flexibel** auf die demografische Entwicklung reagieren können. Die FDP will ein Konzept zur geordneten Anpassung von Kapazität und Bedarf in beide Richtungen. Dabei soll für die bestehenden Kitas auch der Gebäudezustand und die räumliche Verteilung systematisch mit in den Blick genommen werden. Gerade für die ganz Kleinen gilt der Grundsatz: **kurze Beine, kurze Wege**. Daher wollen wir langfristig einen Ausgleich zwischen dem Platzmangel in den Bereichen Nord, Mitte, West und dem Überhang in Lobeda und Winzerla erreichen.

Die FDP Jena ist für eine angemessene Elternbeteiligung an den Kita-Kosten über Gebühren. Unser bildungspolitisches Ziel auf Landesebene ist ein **verpflichtendes Vorschuljahr** für alle Kinder, das dann auch kostenfrei angeboten werden müsste. Wir sprechen uns für eine Staffelung der Gebühren nach Kinderzahl und Einkommen als Instrument der Familienförderung aus. Allerdings sehen wir darüber hinaus in den **Kita-Gebühren kein Instrument der Einkommensumverteilung**, weil dies bereits über die Einkommensteuer geschieht. Eine einkommensabhängige Gebühr ist nur als Mittel zur Entbürokratisierung sinnvoll. Eltern mit geringem Einkommen haben nach Bundessozialhilfegesetz Anspruch auf Gebührenbefreiung. Die Antragstellung ist jedoch für Antragsteller und Verwaltung sehr aufwändig. Dieser Verwaltungsaufwand

kann durch die vereinfachte Einkommensprüfung im Rahmen der Gebührenerhebung vermieden werden. Die zur Zeit geltende politisch motivierte starke Einkommensabhängigkeit der Gebühren führt jedoch wieder zu mehr Bürokratie, weil praktisch jeder einen Antrag stellen muss.

Die FDP will die **Vielfalt der Betreuungsangebote** weiter ausbauen. Private Initiativen und freie Träger können als Betreiber von Kitas auf unsere Unterstützung zählen. Wir machen uns dafür stark, dass Unternehmen auch abseits des städtischen Bedarfsplans Kinderbetreuung anbieten dürfen. Parallel zum System Kita wollen wir die Tagespflege festigen. Nach der raschen Erweiterung in den letzten Jahren wird es künftig darauf ankommen, die **Flexibilität der Tagespflege** zu erhalten. Wir wollen Tagesmüttern die Kooperation in gemeinsam genutzten Räumen ermöglichen – wohl wissend, dass das Thüringer Kultusministerium dies mit der KitaG-Novelle von 2010 gezielt erschwert hat.

Wir wollen:

eine Qualitätsoffensive – Flexibilität bei Bedarfsplanung und Tagespflege – kein Drehen an der Gebührenschaube – Kinderbetreuung im Betrieb ermöglichen

Schule

Für die Schulbildung ist vor allem die Landespolitik verantwortlich. Die FDP wird aber auch über ihre Stadtratsfraktion weiter alles daran setzen, um den Fehlentwicklungen dort entgegen zu wirken. Wir setzen uns dafür ein, dass der in vielen Schularten vorhandene Lehrermangel durch einen breiten **Einstellungskorridor** für junge gut ausgebildete Lehrer deutlich behoben wird. Außerdem muss eine wirkliche **Eigenverantwortlichkeit der Schulen** eingeführt werden. Wir fordern deshalb, die Klassenbildung anhand standortspezifischer Gegebenheiten und unter Berücksichtigung des zur Verfügung stehenden Lehrpersonals in die Verantwortung der Schulen zu legen. Damit würde ein wesentlicher Schritt in Richtung Eigenständigkeit der Einrichtungen getan.

Entspannung lässt sich auch erreichen, indem **Lehrer zurück in den Unterricht** gehen, die aktuell z.B. ins Ministerium oder an die Schulämter abgeordnet sind. Die Großprojekte Inklusion und Gemeinschaftsschule müssen mit Augenmaß statt mit der Brechstange angegangen werden.

Die vergrößerten Schulamtsbezirke haben sich nicht bewährt. Die Strategie der Stadt Jena zur **Kommunalisierung von Schule** ist richtig. Wir unterstützen den Anspruch auf mehr echte Autonomie. Die Schulen sollen die Hoheit auch über Personal und Budget bekommen, die Position des Schulleiters soll gestärkt werden. Das führt zu gesundem

Wettbewerb zwischen den Schulen und – entgegen der Politik des TMBWK – zur Bereitschaft, auch der Begabtenförderung zu belastbaren Strukturen zu verhelfen.

Die Hauptzuständigkeit der Stadt in Sachen Schule ist auch eine ihrer teuersten: der Schulbau. Hier gilt für die FDP: **Investitionen in Schulen** haben Vorrang vor anderen Großprojekten im freiwilligen Bereich. Das Schulsanierungsprogramm muss vollständig zu Ende geführt werden. Die projektierten Neubauten in Jena West und in Jena Ost wollen wir beide realisiert sehen. Kurze Beine, kurze Wege – dieser Anspruch und die Wahlfreiheit bei aufgehobenen Schuleingangsbezirken sollen kein Widerspruch sein. Wir sehen jede **Schule als lokalen Wachstumskern**, um den sich ein ganzes Viertel positiv entwickeln kann. Darum hatte das neue **West-Gymnasium** für uns zeitlichen Vorrang. Nach dem gegenteiligen Koalitionsbeschluss werden wir nun darauf achten, dass diese Schule nicht aus finanziellen Gründen beerdigt wird.

Die Bildungslandschaft in Jena ist sehr bunt geworden. Wo aber Reformpädagogik nur als ein modischer Trend aufgepfropft oder mit dem bloßen Etikett der Gemeinschaftsschule verwechselt wird, bleibt der **Leistungsgedanke** auf der Strecke. Falsch praktizierte Reformpädagogik führt zur Anpassung nach unten. Die Stadt Jena hat durchaus Schulen, die Reformpädagogik und auch das Konzept Gemeinschaftsschule erfolgreich leben. Wir sind bereit, dieses Modell in einen fairen Wettbewerb treten zu lassen mit Schulen nach klassischem Konzept. Aber wir stehen vehement gegen alle Versuche, durch Zwang oder (sogar finanzielle) Bevorzugung alle Schulen auf das Modell Matschie zu trimmen.

Die FDP kämpft für eine lebensnahe Bildungspolitik. Unsere Schulen sollen **Praxisnähe bieten und Leistungsbereitschaft vermitteln**. Theoretisches Wissen über ökonomische Zusammenhänge gehört ebenso dazu wie die Vorbereitung auf die Lebenswirklichkeit in der Wirtschaft. Hohe Übertrittsquoten zu Abitur und Studium haben nicht nur Vorteile. Mittelstand und Handwerk spüren bereits schmerzlich die **Kehrseite der Über-Akademisierung**: es fehlen gute Absolventen für die klassische Ausbildung zum Facharbeiter. Das trifft die kleinteilig aufgestellte Thüringer Wirtschaft ins Mark, ist aber kein Wunder angesichts des gesellschaftlichen Trends, dem mittelmäßigen Abitur den Vorzug vor der guten mittleren Reife zu geben. Mit wegbrechender Wertschätzung sinkt die Attraktivität, damit auch die Schülerzahlen. Schließlich stehen Standorte in Frage. Diesem Teufelskreis stellt sich die FDP entgegen. Es muss wieder gelten: Jeder gute Abschluss ist wertvoll.

Wir wollen:

Lehrermangel abstellen – eigenverantwortliche Schulen, starke Schulleiter – Praxisnähe und Leistungsbereitschaft im Unterricht – Über-Akademisierung vermeiden

Berufsbildende Schulen

Die drei Berufsschulstandorte müssen nicht nur erhalten, sondern gestärkt und ausgebaut werden. Dies gilt in besonderem Maße für die **Bereitstellung moderner Unterrichtstechnik** sowie die Bereitstellung von technischem Personal für deren Wartung und Unterhaltung.

Eine Achse Jena-Hermsdorf-Gera, wie sie vom amtierenden Jenaer in Absprache mit dem ehemaligen Geraer Oberbürgermeister gegründet wurde, hat sich nicht bewährt, weil sie nur eine Einbahnstraße Richtung Gera war. So wurden alle Bauberufe, die Berufe der Hauswirtschaft und des Gaststättengewerbes, sowie einige Metallberufe im Rahmen der Schulnetzplanung unter Duldung durch die Stadt Jena nach Gera verlagert, was für die Schulen am Standort sowie die Jenaer Wirtschaft nicht sinnvoll war, weil in Jena größtenteils bessere Ausbildungsbedingungen vorhanden waren.

Die Stadt Jena muss sich bei den jährlichen Verhandlungen zum **Schulnetz der berufsbildenden Schulen** stärker als bisher für die Belange der Jenaer berufsbildenden Schulen einsetzen.

Wir wollen:

Jenaer Schulstandorte stärken, Berufsbilder sichern – moderne Unterrichtstechnik – mehr Einsatz der Verwaltung beim Aushandeln des Berufsschulnetzplans

Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen

Die FDP Jena setzt sich dafür ein, dass die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen bzw. Berufstätigen mehr Aufmerksamkeit erfährt. **Berufliche Fort- und Weiterbildung** ist der Schlüssel für den Erfolg in der Arbeits- und Berufswelt. Sie ist die wichtigste Strategie, den Fachkräftebedarf zu decken und die eigene Innovationskraft zu erhalten. Im Gegensatz zu staatlichen Erhebungen wissen Arbeitnehmer und Unternehmer besser, welche Qualifikationen zukünftig gebraucht werden. Die berufliche Handlungskompetenz bzw. die Arbeitsabläufe werden immer wissensintensiver. Deshalb müssen wir Voraussetzungen schaffen, dass die Arbeitnehmer und Unternehmen eigenverantwortlich entscheiden können, in welche Fort- und Weiterbildung sie einsteigen und investieren wollen.

Wir setzen uns daher für einen **nachfrageorientierten Weiterbildungsmarkt** ein und entwickeln diesen besonders für den Wirtschaftsstandort Jena erfolgreich weiter. Wir wollen den in Thüringen existierenden „Weiterbildungsscheck“ in der kommenden

Legislaturperiode zur Leitmarke eines "Lebenslangen Lernens" in Jena machen, ihn regional weiterentwickeln sowie entsprechend des Bedarfes mit weiteren Mitteln ausstatten und ihn für alle Personengruppen in diesem Bereich öffnen.

Der Qualifizierungsbedarf gerade für kleine und mittelständige Unternehmen wird über die **Weiterentwicklung des einzelbetrieblichen Förderverfahrens** gezielter unterstützt. Die aktive Teilnahme an einer betrieblichen Fort- und Weiterbildung ist für Geringqualifizierte und Ältere besonders wichtig. Ihre Chancen auf eine erfolgreiche berufliche Entwicklung wollen wir damit verbessern. Die Angebote von „**Meister-Bafög**“ und beruflicher **Weiterbildung an Fachschulen** und an Kompetenzzentren müssen stärker bekannt gemacht werden.

Auch die Jenaer Wirtschaft kann mittel- und langfristig den Fachkräftebedarf auf allen Ebenen (Facharbeiter, Ingenieure, Ökonomen, Manager) nicht mehr durch einheimische Fachkräfte abdecken. Um ausländischen Fachkräften den Weg in die Wirtschaft zu ebnen, ist oft eine **Anpassungsqualifizierung** in sprachlicher Hinsicht oder zur Kenntnis von landesspezifischen Normen, Vorschriften und Gesetzen notwendig. Eine solche Qualifizierung könnte von den berufsbildenden Schulen in enger Abstimmung mit der Wirtschaft kostengünstig realisiert werden.

Die öffentlich geförderte Weiterbildung ist eine wichtige Säule des lebenslangen Lernens und ist zudem unverzichtbar, um einen latenten Analphabetismus zurückzudrängen. Dazu sollte insbesondere die Arbeit der Jenaer Volkshochschule beitragen. Im Rahmen einer **Kooperation mit den VHS im Raum Jena-Weimar-Gera** wäre es außerdem möglich, Synergieeffekte zu nutzen und über den Weiterbildungsscheck auch tätigkeitsbezogene Weiterbildungen zu ermöglichen, die durch die VHS ohnehin angeboten werden.

Wir wollen:

Angebote wie Weiterbildungsscheck und Meister-Bafög fördern – Anpassungsqualifizierungen in den Berufsschulen – regionale Kooperation der Volkshochschulen

Hochschulen

Die Friedrich-Schiller-Universität und die Ernst-Abbe-Fachhochschule sind anerkannte Leistungsträger und gehören zu den größten Einrichtungen im Stadtgebiet. Sie sind ein wichtiger Standortfaktor. Das Universitätsklinikum wird in der kommenden Wahlperiode den zweiten Bauabschnitt in Lobeda fertigstellen. Die FDP setzt sich uneingeschränkt für diese Einrichtungen ein. Die Schaffung eines **Uni-Campus am Inselplatz** wird nicht nur befürwortet, sondern auch unterstützt.

Wissenschaft und Forschung finden nicht nur an den Hochschulen statt, sondern auch in den Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft und der Leibniz-Gesellschaft. Die Weiterentwicklung dieser Einrichtungen, gerade auch bei notwendigen Flächenerweiterungen, steht in unserem besonderen Fokus.

Die FDP wird sich für ein **Entwicklungskonzept zwischen der FSU und der Stadt für Flächen und Gebäude** einsetzen, die durch Schaffung des Campus Inselplatz oder den Umzug des Klinikums einer neuen Verwendung zugeführt werden sollen.

Großer Anstrengungen bedarf es, die **städtische Ansiedlungspolitik im Hochtechnologiebereich** fortzusetzen. Die weichen Standortfaktoren im Bereich Sport, Erholung und Kultur sind konsequent weiterzuentwickeln. Wichtig ist auch die verkehrliche Erreichbarkeit der Stadt (auch Schienenfernverkehr). Über ein Studierendenticket entscheidet die Studentenschaft in einer Urabstimmung selbst. Die FDP wird sich bei Wirtschaftsverbänden für eine **Stärkung des Deutschlandstipendiums** einsetzen.

Wir unterstützen die **Step-Against-Bewegung** und fordern von der Thüringer Landesregierung ein klares Bekenntnis zum Hochschulstandort Jena. Wir sind uns der Bedeutung der Friedrich-Schiller-Universität für unsere Stadt bewusst und verweigern uns deshalb dem bildungspolitischen Kahlschlag der schwarz-roten Landesregierung.

Wir wollen:

Inselplatz-Campus zeitnah bauen – weiche Standortfaktoren optimieren – Deutschlandstipendium stärken – ein klares Bekenntnis des Landes zu Jenas Hochschulen

Soziales

Im Hinblick auf die stetig steigenden Sozialausgaben steht Jena vor einer großen Herausforderung. Die steigende Summe muss trotz sinkender Landeszuschüsse aufgebracht und damit zukünftig überwiegend selbst erwirtschaftet werden. Ziel der FDP Jena ist es, jederzeit ein **finanzierbares Netz sozialer Sicherheit** zu erhalten.

Die FDP Jena spricht sich für die **Entbürokratisierung** auch im Bereich der Sozialpolitik aus. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit dem Bildungs- und Teilhabepaket (bei dem die Kommunen unkompliziert für den Kreis der Anspruchsberechtigten Mittel ausgereicht bekommen, z.B. für die Beteiligung an Klassenfahrten, für Essengeldzuschüsse oder Vereinsbeiträge u.v.m.) den richtigen Weg eingeschlagen. Die FDP Jena schlägt vor, auch auf kommunaler Ebene den sozialpolitischen Flickenteppich von Klein(st)anträgen bei anerkannter Bedürftigkeit nach SGB durch eine **pauschale städtische Förderung** zu ersetzen und so in der Verwaltung den Aufwand für nochmalige Prüfung und Bearbeitung einzusparen.

Gerade im Bereich der freiwilligen städtischen Leistungen, wie zum Beispiel bei den **Vereinszuschüssen**, stehen der Arbeitsaufwand für Antragstellung, Bearbeitung und Prüfung durch die Verwaltung sowie anschließend Beratung und Vergabe in den verschiedenen Ausschüssen oft nicht im Verhältnis zur beantragten Fördersumme. Auch hier ließe sich zugunsten beider Seiten durch die Einführung einer Förderpauschale (bis zu einer gewissen Antragshöhe und Vereinsgröße) erheblich Bürokratie reduzieren.

Wir wollen:

soziale Absicherung autark finanzieren – Sozialpolitik entbürokratisieren – Pauschalförderung durch die Stadt einführen – Vereinsförderung vereinfachen

Asyl

Aufgrund der Bundes- und Landesgesetzgebungskompetenz kann die Stadt selbst nur sehr begrenzt positiv eingreifen. Wir setzen uns über diese Politikebenen dafür ein, den „nachrangigen“ Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende aufzuheben, weil er faktisch einem Arbeitsverbot gleichkommt. Die **Integration in den Arbeitsmarkt** ist Voraussetzung für ein Leben in Würde und eine Chance angesichts des demographischen Wandels. Auch populistischer Diffamierung der Asylsuchenden wird so wirkungsvoll die Grundlage entzogen.

Deshalb **lehnt die FDP Arbeitsverbote für Asylsuchende ab**. Wir wollen, dass sie so schnell wie möglich uneingeschränkt am Erwerbsleben teilnehmen können. Selbst den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten, ist der beste Weg, die oft unbefriedigenden Lebensumstände vieler Flüchtlinge zu beheben. Auch für ihre gesellschaftliche Akzeptanz ist dies von großer Bedeutung.

Die FDP hat sich im Landtag erfolgreich für die **Abschaffung der Residenzpflicht** der Asylsuchenden in Thüringen eingesetzt. Während die CDU eine Neuregelung jahrelang blockierte, hatten auch Kirchen und Flüchtlingsinitiativen die alte Regelung kritisiert. Das Verbot, den Landkreis zu verlassen, wurde oft als Schikane der Ausländerbehörden empfunden, verursachte kaum zu rechtfertigende soziale und familiäre Härten und stellte ein maßgebliches Hindernis bei der Suche nach Beschäftigung dar.

Die FDP Jena spricht sich weiter dafür aus, **Asylbewerber soweit möglich dezentral bzw. in kleineren Häusern unterzubringen**. Ghettoisierung und Spannungen in den Unterbringungen und vor allem weitere psychische Extremsituationen für die Asylbewerber werden so vermieden. Gerade wenn sich Asylverfahren über mehrere Jahre erstrecken, ist es kaum zu rechtfertigen, die Betroffenen in der gesellschaftlichen Isolation zu halten.

Die Stadt Jena ist mit ihren Standorten in der Schulstraße, Am Steiger und Am Philosophenweg auf einem guten Weg. Wegen der extrem gestiegenen Flüchtlingszahlen sollte aber das Konzept für die Unterbringung und Betreuung überarbeitet werden.

Wir wollen:

Mobilität und Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen – dezentrale Unterbringung – das städtische Betreuungskonzept an gestiegene Zahlen anpassen

Inklusion

Die FDP Jena setzt sich dafür ein, die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in unserer Stadt zu stärken und ihnen ein **Leben in Normalität** zu ermöglichen. Jena wird oft als Vorbild für seine Inklusionsbemühungen im schulischen Bereich gelobt. Heute lernen in Jena 74% der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen (Thüringen: 28%).

Die Inklusion kann aber nur gemeinsam mit den **Förderschulen** gelingen. Sie verfügen über eine behindertengerechte Ausstattung, qualifizierte Pädagogen und viel Erfahrung im Umgang mit behinderten Kindern. Sie übernehmen zunehmend die Aufgabe, andere Schulen bei deren Inklusionsbemühungen zu beraten und zu unterstützen. Mit Sorge verfolgen wir daher die Diskussion um die Schließung von Standorten.

Die FDP Jena spricht sich für die **Wahlfreiheit der Eltern** und somit für den Erhalt der Jenaer Förderschulen aus. Den von der Thüringer Landesregierung eingeschlagenen Weg, die Förderschulen flächendeckend abzuschaffen, halten wir für falsch. Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf dürfen nicht von normalen Schulen ausgeschlossen werden. Sie haben aber auch das Recht, ein Förderzentrum zu besuchen, und dürfen nicht an einen für sie ungeeigneten Lernort gezwungen werden.

Wir wollen:

Inklusion als Normalfall, aber ohne politische Brechstange – Wahlfreiheit der Eltern ernst nehmen – Förderschulen erhalten und stärken

Kultur & Tourismus

Kultur

Kultur und Kunst zählen zu den persönlichsten Äußerungen einer Gesellschaft und verleihen einem Gemeinwesen ein unverwechselbares Gesicht, das es dringend zu bewahren gilt. Das überregional anerkannt hohe Niveau Jenas in der **Einheit von Breiten- und Hochkultur** fördern und entwickeln wir weiter. Ohne Heimatvereine, Malzir-

kel, Chöre, Tanzgruppen, Instrumentalensembles und den Kunstverein – um in gegebener Vielfalt nur einige zu nennen – hätte auch unsere Hochkultur, wie die Philharmonie, das Theaterhaus oder das Stadtmuseum mit seinen Schätzen und Sonderausstellungen, keine Chance auf Resonanz und Weiterentwicklung.

Die Kulturlandschaft unserer Stadt reicht bis hin zur sprachlich kaum zu fassenden **Soziokultur**. Diese braucht Freiräume, um sich entfalten zu können. Wir werden uns für die Erstellung einer Kartei über die städtischen Flächen und Gebäude einsetzen, die im Rahmen der gesamtstädtischen Entwicklung für soziokulturelle Zwecke geeignet sind. Die Finanzierung der Soziokultur soll durch eine feste Budgetierung erfolgen. Der geschaffene Beirat soll so besetzt sein, dass die Ansätze aller politischen Parteien einbezogen werden können. Nur so kann er tatsächlich ein beratendes Gremium sein.

Mit dem **Eigenbetrieb KMJ**, an dessen Gründung die FDP maßgeblich beteiligt war, haben wir einen verlässlichen Partner für die Kultur. Mit der Zuschussvereinbarung hat der Stadtrat eine finanzielle Grundlage geschaffen, die es KMJ ermöglicht, neben der Hochkultur auch die Breiten- und Soziokultur auskömmlich zu unterstützen. Das begrüßen wir sehr. Es ist allerdings auch Aufgabe der Politik, und hierfür wird sich die FDP weiter einsetzen, dass die **Kultur im Rahmen der Budgetierung gefördert** wird.

Die **Philharmonie Jena** ist ein überregionales Aushängeschild. Wir bekennen uns zur Philharmonie, mit der unsere Stadt neben der Weimarer Staatskapelle eines der Spitzenorchester in Thüringen besitzt. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Philharmonie auskömmlich finanziert wird und zumindest der derzeitige Status quo erhalten bleibt. Mit der Finanzierung darf jedoch die Stadt nicht allein gelassen werden, eine adäquate Beteiligung des Freistaats muss eingefordert werden.

Gleiches gilt für das **Theaterhaus**, das mit seinen Inszenierungen ebenfalls bundesweite Resonanz findet. Wir wollen, dass die **Musik- und Kunstschule** intensiver in den Wettbewerb mit privaten Einrichtungen tritt und über die eigentliche Vermittlung von Fertigkeiten hinaus noch mehr öffentlich wirksam wird. Soweit in der Stadt Jena ein **Kunsthause** entsteht, setzt sich die FDP dafür ein, dass dies nur unter Nutzung bzw. Ausbau vorhandener Ressourcen geschieht.

Wir wollen:

Kultur auskömmlich finanzieren – Breiten- und Hochkultur fördern – Zuschussvereinbarung ernst nehmen – Freiräume und feste Budgetierung für Soziokultur

Tourismus

Wir wollen, dass unsere Stadt **überregional vermarktet** wird und auch selbst offener nach außen für sich wirbt. Wir werden uns dafür einsetzen, zwischen den verschie-

densten Arbeitsgruppen in Thüringen gemeinsam ein einheitliches Bild zu entwickeln. Insbesondere KMJ werden wir in die Pflicht nehmen, hierfür ein Konzept zu entwickeln.

Gerade die **Landschaft um Jena** verdient ein besseres Augenmerk für den Gast unserer Stadt. Als Teil eines noch weiter voranzutreibenden Tourismuskonzepts für die Stadt Jena setzt sich die FDP für eine stärkere Förderung und Vernetzung der **Berggaststätten** ein. Sie sind unverzichtbarer Teil der Jenaer Freizeit- und Erholungskultur. Wir wollen den dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg dieser Gaststätten im Einklang mit dem Naturschutz sichern. Wichtig ist uns dabei eine bürokratische Entlastung der Betreiber, zum Beispiel bei der Zuwegung, ebenso eine angemessene Wegebeschriftung durch die Stadt.

Ein weiteres vorrangiges Ziel in der nächsten Wahlperiode ist die Gestaltung des **Schottplatzes**. Es muss ein wirtschaftlich tragbares Konzept erarbeitet werden, das den Schottplatz wieder als Naherholungsgebiet ausweist.

Der **Saalewasserweg**, die **Fahrradstädtekette** und der **Saaleradweg** bieten unserer Stadt die Möglichkeit, sich überregional zu vermarkten und zu zeigen, wie jung und dynamisch sie lebt. Auch hier wird sich die FDP dafür einsetzen, dass in der Wahlperiode endlich ein Konzept erarbeitet wird.

Ebenfalls muss sichergestellt werden, dass **historische Gebäude** unserer Stadt nicht weiter verfallen, sondern der Nachwelt erhalten bleiben. Gerade touristische Ziele wie die Lobdeburg lassen sich in ein solches Konzept einbetten.

2015 steht das **Jubiläum der Romantik** an, die in unserer Stadt ihre Wiege hatte. Für dieses Jubiläum müssen frühzeitig die Weichen gestellt bzw. muss das bereits vorhandene Konzept durch entsprechende politische Willensbildungen umgesetzt werden. Dafür wird sich die FDP einsetzen.

Wir wollen:

unsere Stadt stärker überregional vermarkten – ein Tourismuskonzept erstellen – Berggaststätten fördern – historische Gebäude erhalten

Senioren

Die demographische Entwicklung geht auch an der Stadt Jena nicht vorbei. Der Anteil alter Menschen wird in allen Lebensbereichen zunehmen. Im beständigen Reagieren der Gesellschaft ergeben sich dadurch umfangreiche Chancen. Wir wollen die Erfahrung bei den jungen Alten, den Alten und den Hochaltrigen besser nutzen. Generatio-

nen übergreifende Initiativen werden wir fördern, so etwa das **Ehrenamt im sozialen Engagement**.

Es ergeben sich allerdings auch eine ganze Reihe politischer Aufgaben, für die sich die FDP ebenfalls aktiv einsetzen wird. In öffentlichen Verkehrsmitteln und an den Haltestellen sollen die **Automaten und Anzeigetafeln bedienerfreundlich** gestaltet werden, die automatischen Ansagen sollen ausreichend laut und deutlich erfolgen. Die städtischen Behörden sollen ihre **Formulare in klar verständlicher Sprache** verfassen.

Wir wollen, dass Senioren **solange wie möglich im vertrauten Wohnumfeld** bleiben können. Im Wohnungsbau muss entsprechend reagiert werden, insbesondere bei der Sanierung von Altbausubstanz. Wir werden auf eine konsequente Umsetzung der Vorschriften zur möglichst barrierefreien Zuwegung im Zuge der Baugenehmigung drängen. Wir wollen die **Ausbildung von Pflegekräften** für die Altenheime und ambulante Tagespflege unterstützen. Dem auf die Nutzung des Pkw angewiesenen Personal wollen wir die Möglichkeit zum Kurzparken vor den Wohnungen einräumen.

Im Straßenverkehr wird ein hoher Anteil älterer Menschen unterwegs sein. Hier sind Verkehrsleitanlagen (Ampeln, Straßenübergänge) so zu gestalten, dass die Sicht leicht möglich ist. Öffentliche Wege sollen zur Mitnutzung durch Radfahrer nur freigegeben werden, wenn es dadurch nicht zu Gefährdungen für Fußgänger kommt.

Kopfsteinpflaster unterschiedlicher Qualität und Oberflächenstruktur auf Gehwegen erschwert erheblich das Fortbewegen mit Rollatoren und Rollstühlen, auch Kinderwagen. Beim Fußwegeausbau hat zukünftig **Funktionalität und Sicherheit** Vorrang vor historisierenden Gestaltungen.

Wir wollen:

Wohnen im vertrauten Umfeld sichern – Ehrenamt im sozialen Engagement stärken – Barrierefreiheit am Bau und in der Verwaltungssprache – Sicherheit für Fußgänger

Sport

Jena ist eine Stadt mit einer international renommierten Sportlandschaft. Ob Spitzensport, Nachwuchsleistungssport, Breitensport, Freizeitsport oder Behindertensport - das Angebot und die Erfolge sind beachtenswert. Neben Fußball und Basketball gehört die traditionsreiche Leichtathletik zu den Leitsportarten. Die FDP Jena setzt sich dafür ein, dass der **Hochleistungssport** und der **Breitensport** in unserer Stadt weiterhin einen angemessenen Rahmen erhalten, damit die Stadt Jena in Zukunft nicht nur auf dem Papier als Sportstadt Jena vorkommt.

Bei den Hochleistungssportlern (auch Profibereich) müssen Wettkampfbedingungen geschaffen werden, die es den Athleten ermöglichen, auch Spitzensport erbringen zu können.

Die FDP setzt sich uneingeschränkt dafür ein, dass das Ernst-Abbe-Sportfeld (EAS) zu einer **bundesligatauglichen Fußballarena** ausgebaut wird. Neben dem FCC sind auch der FF USV als Bundesligist und der SV Schott Jena auf eine solche Arena angewiesen. Gleichzeitig muss jedoch **für die Leichtathletik ein adäquater Ersatz** geschaffen werden. Die Ausgliederung der Leichtathletik aus dem EAS sowie der Beginn mit einem Ersatzbau sind daher schnellstmöglich vorzunehmen, damit spätestens im Sommer 2018 im EAS eine reine Fußballarena steht.

Das Thüringer Sportfördergesetz (kostenfreie Bereitstellung aller städtischen Sportanlagen für eingetragene Vereine) stellt den Eigenbetrieb KIJ bei den anstehenden Investitionen für die Pflege und den **Erhalt der Sportanlagen** vor eine schwierige Aufgabe. Die FDP Jena setzt sich dafür ein, dass sich die öffentlichen Sportflächen weiterhin in einem ordentlichen Zustand befinden, denn ohne den Breitensport ist auch der Spitzensport nicht möglich.

Wir wollen:

Hochleistungs- und Breitensport fördern – eine bundesligataugliche Fußballarena – adäquaten Ersatz für die Leichtathletik – Erhaltung der öffentlichen Sportanlagen

Verkehr

Infrastruktur

Wir wollen den **Eigenbetrieb KSJ finanziell angemessen ausstatten**, damit er dauerhaft zu den bestandserhaltenden Investitionen in Straßen und Wege in der Lage ist. Durch rechtzeitige Reparatur kann der viel teurere grundhafte Ausbau, der zum Teil auch auf die Anlieger umgewälzt wird, vermieden werden. Die Koalition aus SPD, CDU und Grünen hat die Abschreibungsfristen für die Straßen aber so lang, und gleichzeitig die jährlich verfügbaren Mittel im KSJ-Etat so niedrig angesetzt, dass KSJ die nötigen Reparaturen nicht mehr zeitnah ausführen kann. Das wollen wir wieder ändern.

Aber natürlich kann der grundhafte Ausbau von Straßen nicht ganz vermieden werden. Hier kämpfen wir für einen **bürgerfreundlichen Umgang mit den anfallenden Beiträgen**. Volle Transparenz und eine echte Berücksichtigung der Interessen der Betroffenen sind unsere Mindestforderungen. Mittelfristig streben wir für die Ausbaubeiträge eine grundlegende Neuregelung an. Wenn die Kosten des Verfahrens die erzielten Einnahmen zur Hälfte auffressen, stehen Aufwand und Nutzen in keinem Ver-

hältnis. Erst auf unsere Initiative hin hat die Stadteine **Prüfung des Verzichts auf die Erhebung der Beiträge** veranlasst. Erstes greifbares Ergebnis: mit einer Art Moratorium ist die Beitreibung aller Beiträge bis zum Jahr 2015 ausgesetzt.

Soll die Erweiterung der städtischen Siedlungsstruktur in Richtung Ost und Nord erfolgreich sein, müssen die entstehenden **Wohngebiete gut vom ÖPNV erschlossen** werden. Wir wollen, dass die Stadt dabei in Vorleistung tritt. Baut sie eine Trasse zu spät, dann ziehen die Menschen mit dem Zweitwagen hin und sind als Kundschaft für den Nahverkehr dauerhaft verloren. Deswegen haben wir für eine Verlängerung der Straßenbahn ins Himmelreich gekämpft, vehement auch im OB-Wahlkampf 2012 mit der Forderung, dies dem Ausbau der Wiesenstraße notfalls vorzuziehen. Das geschieht jetzt so. Gleiches wollen wir auch in Richtung Wogau erreichen.

Im Zuge der Nahverkehrsplanung wollen wir eine Reihe von Strukturen verbessern bzw. kritisch überprüfen lassen. Wir wollen, auch in Abstimmung zwischen Jenah und JES, eine **bessere Anbindung bis in die Innenstadt** erreichen. Wir wollen eine **Verzahnung des städtischen Nahverkehrs mit dem Verkehrsangebot der Bahn** zwischen Jena West und Göschwitz, Paradies und Saalbahnhof, was eine Weiterentwicklung auch der Areale um die Bahnhöfe mit einschließt.

Wir wollen:

**KSJ-Finanzierung anheben – Ausbaubeiträge bürgernah, perspektivisch abschaffen
– ÖPNV in neue Wohngebiete – bessere Verzahnung von Jenah mit dem Umland**

Fließender Verkehr

Die FDP kämpft für einen fließenden Verkehr, der diesen Namen auch verdient. Wir wollen, dass man mit dem Auto seine Ziele möglichst **rasch und unterbrechungsfrei** erreichen kann. Tempo 30 auf Nebenstraßen und in Wohngebieten ist sinnvoll. Überall sonst aber gilt für uns (mindestens) 50 km/h, insbesondere wo Strecke gemacht oder viel Verkehr gesammelt oder abgeleitet wird, oder wo Fußgänger eine deutlich untergeordnete Rolle spielen (z.B. in Gewerbegebieten).

Lichtstadt als Stadt der roten Ampeln? Eine **dynamische grüne Welle** auf den Hauptverkehrsachsen ist auch in Jena möglich, erfordert aber ein grundsätzliches Umdenken in der Verkehrssteuerung: Die Leitidee des gewollten Rots im Sinne eines „Portionierens“ des Kfz-Zustroms auf die Kernstadt wollen wir streichen. Zubringer zu den Hauptachsen wollen wir nach realem Verkehrsaufkommen eintakten. Die Bevorrechtigung des ÖPNV ist sinnvoll, in ihrer aktuellen Ausgestaltung werden wir sie aber kritisch überprüfen. Wir wollen **zusätzliche Rechtsabbiegerspuren** anlegen oder zumindest mehr Rechtspfeile setzen. Eine Nachtautomatik für Ampeln ist für uns selbstverständlich, viele Ampeln können ganz verschwinden. Wo sie aber bleiben, müssen die

Fußgänger-Grünphasen so gestaltet werden, dass das Überqueren der Straße für alle sicher möglich ist (z.B. Schnellstraße in Wöllnitz, Lobeda).

Wir setzen uns für eine **intelligente Verkehrssteuerung** ein, die alle Verkehrsteilnehmer als gleichrangig betrachtet. Das schließt die Stärkung des sogenannten ökologischen Verkehrsverbunds als ein Ziel mit ein, findet aber dort seine Grenze, wo zu dessen Gunsten andere Verkehre verhindert oder einseitig erschwert werden sollen. Maßnahmen ohne akzeptable Aufwand-Nutzen-Relation lehnen wir ab. Eine Umweltplakette wird es mit uns nicht geben, auch keine Tempo-30-Zone wegen vermeintlicher Kollisionen mit Fledermäusen. Taxiverkehr und ÖPNV sind gleichberechtigte Partner, zusammen mit dem Nahverkehrsplan wollen wir daher auch ein **Gesamtkonzept für Taxistandplätze** in der Stadt. Und wir wollen ein schnelles und engmaschiges Radverkehrsnetz, nicht aber wenn dafür Straßen zu eng geplant und für Kfz immer neue Nadelöhre geschaffen werden.

Lichtstadt als Stadt der Blitzer? Die FDP will den Einsatz von Blitzern auf Gefahrenschwerpunkte beschränken. Alle stationären Blitzer werden wir diesbezüglich kritisch überprüfen, **Schikaneblitzer werden wir abschaffen**. Sinnvoll sind dynamische Geschwindigkeitsanzeigen. Insbesondere auf den Schnell- bzw. Einfallstraßen kann eine konsequent angeordnete grüne Welle viel effektiver für die tatsächliche Einhaltung der gewünschten Richtgeschwindigkeit sorgen als Blitzer. Wo dennoch Blitzer zum Einsatz kommen, soll auf die Geschwindigkeitskontrollen durch Verkehrszeichen hingewiesen werden. Diese zusätzliche Erhöhung der Verkehrssicherheit hat für uns Vorrang vor den finanziellen Einnahmen für die Stadt. Die dennoch erzielten Einnahmen wollen wir direkt für die Verwendung im Straßen(aus)bau zweckbinden, ebenso wie wir das auch für die **Einnahmen aus der Stellplatzablöse** anstreben.

Wir haben große Sympathien für eine autofreie Innenstadt, sofern unterirdisch Abstellmöglichkeiten bestehen. Das Ziel heißt: das Auto muss bequem und schnell in die Innenstadt kommen und dort aus dem Stadtbild rasch verschwinden. Um das zu erreichen, wollen wir ein **Gesamtverkehrskonzept für die erweiterte Innenstadt**. Das beginnt mit einem Kernstadtring, der v.a. gegen den Uhrzeigersinn (Eisenbahndamm, Anger, Fürstengraben, Leutrageraben, Schillerstraße, Haeckelstraße, Knebelstraße) den Verkehr effizient abwickelt. Ein **dynamisches Parkleitsystem** soll es ermöglichen, diesen Verkehr rasch in die Parkhäuser und Tiefgaragen hinein abzuziehen. Dann und nur dann können der Holzmarkt, der Löbdergraben und das gesamte neue Eichplatzareal verkehrsberuhigt werden – aber so, dass die Kernstadt für Taxi, Lieferdienst und Handwerker, und für den Hausbesuch von Arzt und Pflegedienst erreichbar bleibt.

Wir wollen geometrisch gefährliche **Kreuzungen entschärfen**, z.B. am Universitätshauptgebäude, am Nollendorfer Hof, an den Einfahrten Oberaue und Mühlenstraße ins Paradies. Die Verkehrssicherheit darf gegenüber der Ästhetik nicht die zweite Gei-

ge spielen, insofern ist die OBI-Kreuzung ein gutes Beispiel der jüngeren Vergangenheit, die Kreuzung Bachstraße-Quergasse ein schlechtes. Gleiches gilt für die **Leistungsfähigkeit von Kreuzungen**. Hier werden wir die Einfahrt zum Sonnenhof und die geplante Einfahrt zum neuen Eichplatz-Areal über den Leutrageraben und die Kollegengasse weiter kritisch begleiten. Fußgängerbereiche und Fahrradwege müssen so gestaltet sein, dass sie auch von älteren Menschen gefahrlos genutzt oder überquert werden können. Und wir wollen Fragen des **Verkehrskomforts** aktiv angehen; ein Beispiel: Linksabbiegerampeln gehören im Kreuzungsbereich nicht nur (hoch) über die eigene Spur, sondern auch auf die linke Innenecke der Kreuzung.

Wir wollen:

flüssigen statt gegängelten Verkehr – Grüne Welle – dynamisches Parkleitsystem – Schikane-Blitzer abschaffen – Gesamtverkehrskonzept für die Innenstadt

Radverkehr

Die FDP steht für den Ausbau eines in der Verkehrslenkung vernünftigen und in der Realisierung wirtschaftlichen Radwegesystems als Beitrag zur Senkung der Kfz-Dichte. Wir wollen **mehr gemeinsame Rad- / Gehwege**, ggf. mit baulichen Vorkehrungen zur Entschleunigung im Interesse der Fußgänger. Durch eine bauliche Trennung hingegen würde die Gefährdung wegen der dann möglichen höheren Geschwindigkeiten eher noch steigen (Beispiel Johannisstraße).

In den letzten Wahlperioden haben sich alle Fraktionen und die AG Radverkehr gemeinsam die Zähne daran ausgebissen, rücksichtslose Radfahrer durch Verbote und PR-Kampagnen zu disziplinieren. Das hat Gründe, die uns Liberale zum Umdenken bewegen. Erstens ist es nie gelungen, den geforderten Kontrolldruck herzustellen. Zweitens fehlt ein für den Radverkehr stimmiges **Trassierungskonzept durch die Innenstadt**. Letzteres können und wollen wir ändern, die Bebauung des Eichplatzes bietet die Gelegenheit dazu.

Die nicht-touristischen Radfahrer fahren Rad, weil sie damit schneller sind als zu Fuß, mit dem Auto oder mit dem ÖPNV. Sie werden immer das Interesse haben, sich zügig durch die Innenstadt zu bewegen. Die Rücksichtslosen unter ihnen werden sich das auch durch Schilder und Vorschriften nicht austreiben lassen. Daher wollen wir bestimmte Strecken baulich und in der Trassierung attraktiver machen, um die Nutzung anderer Strecken zu senken.

Wir wollen:

bauliche Verkehrslenkung statt fruchtloser Verbote – mehr gemeinsame Rad- / Gehwege – Trassierungskonzept durch die Innenstadt

Parkplätze

Die Stellplatzfrage ist höchst politisch und von zentraler Bedeutung für die Stadtentwicklung. Die Koalition aus SPD, CDU und Grünen aber hat dem Antrag des Oberbürgermeisters zugestimmt, dem zuständigen Ausschuss dieses Thema fast vollständig zu entziehen. Das wollen wir rückgängig machen. Unsere Politik für den sog. ruhenden Verkehr orientiert sich an folgenden Grundsätzen: In der Kernstadt, aber auch in anderen Bereichen (z.B. Lobeda), **muss dem drastischen Stellplatzdefizit mit geeigneten Maßnahmen abgeholfen werden**. Die tatsächliche Errichtung der nach bundesdeutschem Baurecht erforderlichen Stellplätze hat Vorrang vor deren Ablösung.

Abgeleitet von diesem politischen Willen soll die Verwaltung Bauwillige beraten und ihren Ermessensspielraum bei der Ansetzung des Stellplatzschlüssels möglichst nach oben ausüben. Neubauten sollen soweit möglich **immer mit Tiefgarage** geplant werden. Bei Straßensanierungen im Bestand soll auf Gehwegverbreiterungen zu Lasten der Straße verzichtet werden; der Normalfall ist nicht die Begegnung von 2 Zwillingskinderwagen auf dem Gehweg, sondern die Begegnung von 2 Pkw auf der Straße.

Wo sicherheitsrelevante Richtlinien (z.B. Durchfahrtsbreite Feuerwehr) zu einem Verlust an Stellplätzen führen, soll die Stadt **Ersatz in zumutbarer Entfernung** schaffen. Die **Einnahmen aus der Ablöse** wollen wir streng zweckbinden in einem städtischen Fonds, der allein zur Finanzierung neuer Stellplätze oder Parkieranlagen dient. Die Stadt kann auch selbst Bauherr und/oder Betreiber solcher Anlagen sein.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, das **Parkraumkonzept** von seinen Fehlern zu befreien. Wir wollen die Praxis beenden, die Lösung des innerstädtischen Stellplatzdefizits in der Planung baulicher Großprojekte wie den schwarzen Peter hin und her zu schieben. Wir werden die flächendeckende Einführung des reinen Anwohnerparkens bzw. des Mischsystems von Anwohner- und Kurzzeitparken wohlwollend kritisch begleiten. Es darf nicht dazu kommen, dass **Einpendler** dadurch systematisch hin und her geschoben werden. Wir werden für das ewige Problem der **Dauerparkflächen für Reisebusse** in angemessener Nähe zur Innenstadt endlich eine Lösung finden.

Wir wollen:

Parkraumkonzept korrigieren, Stellplatzverknappung stoppen – Ablöse nur als letztes Mittel, Einnahmen streng zweckbinden – Dauerparken für Busse ermöglichen

Schieneverkehr

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Jena und sein Umland nicht vom Schienenfernverkehr abgekoppelt werden. Nach Inbetriebnahme der Trasse Berlin-Erfurt-München braucht Jena einen **Ersatz für den entfallenden ICE**. Die Mitte-Deutschland-

Verbindung soll möglichst zeitnah elektrisch und zweigleisig ausgebaut werden, auch über Gera hinaus. Für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Jena ist **unser Minimalziel**: die internationalen Flughäfen München, Berlin und Frankfurt, sowie Nürnberg und Leipzig müssen

- schnell, ohne zu häufiges Umsteigen und anschlussicher,
- in ausreichend dichter Taktung,
- komfortabel (work on board), und
- erschwinglich

erreichbar bleiben, und zwar nicht nur über den Knoten Erfurt. Die hierfür erforderlichen Weichen sind politisch inzwischen gestellt. Jetzt werden wir uns dafür einsetzen, dass es in der Umsetzung nicht zu Abstrichen oder Verzögerungen kommt, insbesondere landesseitig beim **Einsatz der Regionalisierungsmittel**.

Wir begrüßen den nun absehbaren **Ausbau der Bahnhöfe West und Göschwitz**. Wir werden dabei auf die Barrierefreiheit (auch durch den zu verlängernden Personentunnel in Göschwitz) und auf gute Lösungen für Toiletten und Dauerparken achten. Als einzige Fraktion im Stadtrat haben wir mit einer Einwendung beim Eisenbahnbundesamt materiell dazu beigetragen, dass die **Bahnsteige nicht gekürzt** werden durften. Analog werden wir dem Oberbürgermeister für künftige Verhandlungen mit der Bahn klarer als die Koalition aus SPD, CDU und Grünen den Rücken stärken. Auch bei der Einbringung der städtischen Belange in die Strukturentwicklungen des Landes werden wir ihm eine konsequentere Linie anempfehlen.

Wir wollen:

Jena adäquat am Fernverkehr in Nord-Süd- wie Ost-West-Richtung halten – dafür Regionalisierungsmittel einsetzen – Bahnhöfe West und Göschwitz ausbauen

Ordnung und Sicherheit

Wir halten jeden Bürger für fähig, sein Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Er braucht keinen, der ihm sagt, was er zu tun und was er zu lassen hat. Wir wollen eine grüne Welle auf der Stadtrodaer Straße um zügig und ökologisch sinnvoll in die Innenstadt zu fahren. Wir wollen, dass jeder Streusalz zur Bekämpfung von Glatteis einsetzen darf, wenn er es für richtig erachtet. Fair trade?, jeder (auch Stadträte) sollen den Kaffee trinken dürfen, den sie trinken wollen. Wenn jemand einen Heizpilz aufstellen möchte, so soll er das auch dürfen. Dem Rauchverbot an öffentlichen Haltestellen erteilen wir eine Absage! Wir vertrauen den Menschen, dass sie mit ihrer und der Gesundheit anderer sorgsam umgehen.

Das Zusammenleben erfordert gewisse Regeln. Die eigene Freiheit endet dort, wo die des Nächsten beginnt. Das schließt es nach unserem Verständnis aus, dem Nächsten vorzuschreiben, wie er zu leben hat. Wir halten jeden Bürger für mündig und fähig, sein Leben selbst zu gestalten. Solange er niemanden beeinträchtigt, soll er das dürfen. Über Ge- und Verbote sollte erst jenseits dieser Grenze nachgedacht werden. Dann können sich die Ordnungshüter auf wirkliche Vergehen und Verbrechen konzentrieren, statt nachzuschneffeln, ob man fremden Lebensvorstellungen gebührend huldigt.

Die FDP ermutigt die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zur vollen Wahrnehmung ihrer **Eigenverantwortung**, achtet aber zugleich auf deren Gleichgewicht mit städtischer Kontrolle. Die rechtlichen Voraussetzungen sind bereits geschaffen worden, können ihren Zweck aber nur dann erfüllen, wenn sie den Einwohnern auch zur Kenntnis gelangen. Ihre Befolgung ist durch die Ordnungsbehörden flächendeckend zu kontrollieren, Verstöße müssen wirksam geahndet werden.

Der Vorrang konsequenter Anwendung des bestehenden Rechts vor neuer Rechtschöpfung bedeutet auch, dass städtische Ordnungskräfte stärker präsent sein müssen. Dies gilt insbesondere beim Radverkehr. Der Zweck des Rechts, wie auch der des Einsatzes der Ordnungskräfte, sollte dabei immer zuerst auf **Prävention** und nicht auf Bestrafung gerichtet sein.

Die FDP setzt sich für ein **gepflegtes Stadtbild** sowie dafür ein, gegen Verunreinigungen wie unerlaubtes Graffiti, Hundekot oder das Zerkratzen von Glasscheiben an den Haltestellen und in den Bahnen gezielt vorzugehen.

Die FDP verfolgt den Ansatz, Graffiti-Vandalismus präventiv her zu bekämpfen, also den Tätern durch **höheren Verfolgungsdruck und zeitnahe Ahndung** die Motivation zur Wiederholung zu nehmen. Daher fordern wir die Erarbeitung einer schlüssigen Beratungs-, Verfolgungs- und Ahndungskonzeption. Auch sollte die Stadt im Dialog mit den Bürgern die Bereitschaft zur unverzüglichen Beseitigung unerlaubter Graffiti an Gebäuden im privaten Eigentum wecken und die Eigentümer hierbei unterstützen.

Frei zugängliche Wege und Plätze im Eigentum Dritter (z.B. ÖPNV-Haltestellen) prägen das Stadtbild und dürfen nicht verwahrlosen oder zu Müllablagestellen werden. Wir wollen die Eigentümer unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Ortsrechts zur Erfüllung ihrer Pflichten hinsichtlich Ordnung und Sauberkeit anhalten.

Datenschutz ist keine Nebensache! Die FDP Jena spricht sich dafür aus, von Bürgern und Unternehmen nur solche Daten zu erheben, die für einen bestimmten Prozess absolut notwendig oder gesetzlich vorgeschrieben sind. Es wird insbesondere darauf hingewirkt, mehr Klarheit zu schaffen, wo die Stadtverwaltung sowie die Eigenbetriebe und Gesellschaften der Stadt Daten über Bürger, Unternehmen und Kunden spei-

chern und in welchem Umfang diese zwischen den einzelnen Entitäten ausgetauscht werden.

Wir wollen:

Eigenverantwortung und Prävention groß schreiben – ein gepflegtes Stadtbild erhalten – Datenschutz auch als Kommune ernst nehmen.

**© 2014 bei
Freie Demokratische Partei
Kreisverband Jena
Bachstr. 24, 07743 Jena**

**Telefon: 0 36 41 / 42 09 73
Telefax: 0 36 41 / 42 09 75
E-Mail: fdp-jena@t-online.de**

**Für weitere Informationen zur FDP Jena
und zur Stadtratswahl am 25. Mai 2014
besuchen sie unsere Internetseiten
www.fdp-jena.de und www.fdp-stadtrat.de**

Unsere Kandidaten:

1 Andreas Wiese	Rechtsanwalt, Fraktionsvorsitzender
2 Dr. Thomas Nitzsche	Fachreferent Bibliothek, Kreisvorsitzender
3 Alexis Taeger	Dipl.-Ing. Maschinenbau
4 Dieter Kästner	Dipl.-Ing.
5 Reinhard Kitzig	Berufsschullehrer
6 Uwe Barth	Dipl. Physiker, Vorsitzender der FDP LT-Fraktion
7 Hans Lehmann	Dipl. Kulturwissenschaftler, Vors. des Seniorenbeirates
8 Dr. Harald Mertes	Facharzt für Anästhesie
9 Birgit Taeger	Dipl.-Mathematikerin
10 Gerhard Jahns	Online-Marketing-Manager
11 Tim Wagner	Vermögensberater
12 Markus Franz	Geschäftsführer
13 Winfried Matzke	Dipl.-Ing., Dipl.-Jur.
14 Dr. Wieland Hertel	Biologe
15 Axel Poschmann	Jurist
16 Patrick Brauckmann	IT-Berater
17 Ralf Großkopf	Systemingenieur
18 Stefan Beyer	Pfarrer
19 Petra Guttmacher	Geschäftsfrau
20 Ronny von Jan	Channel Account Manager
21 Yvonne Probandt	Bürokauffrau
22 Dr. Reinhard Bartsch	Dipl.- Ing.